

591 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des
Bundesrates

B e r i c h t
des Ausschusses für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten

über den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 16. Juli 1971,
betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Studienförderungs-
gesetz geändert wird

Durch den vorliegenden Gesetzesbeschluß des Nationalrates sollen unter anderem die Einkommensgrenzen und die Höhe der Studienbeihilfen den gestiegenen Lebenshaltungskosten angepaßt werden. Ferner sollen mehr als bisher die finanziellen Belastungen, welche die materielle Leistungsfähigkeit der Eltern des Studierenden beeinträchtigen, bei der Gewährung von Studienbeihilfen berücksichtigt und eine Erledigung der Studienbeihilfenanträge mittels EDV-Anlagen ermöglicht werden.

Der Ausschuß für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten hat die gegenständliche Vorlage in seiner Sitzung vom 19. Juli 1971 in Verhandlung genommen und einstimmig beschlossen, dem Hohen Hause zu empfehlen, keinen Einspruch zu erheben.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt somit der Ausschuß für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten den Antrag, der Bundesrat wolle beschließen:

Gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 16. Juli 1971, betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Studienförderungsgesetz geändert wird, wird kein Einspruch erhoben.

Wien, am 19. Juli 1971

Dr. Erika S e d a
Berichterstatte

N o v a k
Obmann